POLIZEIOFFENSIVE IN DEN KANTONEN

Zu den grössten Sorgen der Schweizer gehört die Sicherheit. 13 Kantone wollen nun insgesamt 684 neue Polizisten anstellen. Für den Vorsitzenden der kantonalen Polizeidirektoren ist das noch viel zu wenig, für die Polizeigewerkschaft gerademal „ein Tropfen auf den heissen Stein" …

| von Timo Albiez

Die 24-Stunden-Gesellschaft verlangt mehr Polizeiarbeit

Die Polizei ist ein zentraler Akteur der inneren Sicherheit, hat sie doch den Auftrag, öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Doch die 26 Kantonspolizeien unterscheiden sich sowohl in ihren Organisations- und Ausbildungsstrukturen.

Die Polizei als Institution geniesst in der Schweiz laut verschiedenen Umfragen ein hohes Ansehen und Vertrauen. Schweizer Polizisten haben einen sehr hohen Vertrauenswert, er liegt mit 76 Prozent 17 Prozentpunkte über dem europäischen Durchschnitt. Nur Feuerwehrleute, Piloten, Krankenschwestern, Apotheker, Ärzte und Landwirte erreichen ähnlich hohe Werte unter den vertrauenswürdigsten Berufen. Die Polizei soll im Alltag (etwa bei Verkehrskontrollen) und in Konfliktsituationen (etwa bei gewalttätigen Demonstrationen) den handelnden Staat verkörpern und darf im Rahmen des staatlichen Gewaltmonopols als einzige Institution physische Gewalt anwenden.

Dabei gibt es nicht „die" Polizei in der Schweiz, sondern drei Polizeisysteme: die Kantonspolizeien, die Gemeinde- und Regionalpolizeien

und daneben noch die Fedpol auf Bundesebene (von der Militärpolizei, der Bahnpolizei und dem Grenzwachtkorps nicht zu reden).

Unterbesetzte Polizeikorps

Schon lange hört man den Ruf nach mehr Polizeikräften. Vor allem gelten die Kantonspolizeien als chronisch unterbesetzt. Im europäischen Vergleich hat die Schweiz mit einem Polizisten auf 469 Einwohner die geringste Polizeidichte Europas. In Deutschland kommt 1 Polizist auf 370 Einwohner. Gleichzeitig steigt das Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung seit Ende der 90er-Jahre kontinuierlich: Gemäss dem Credit-Suisse-Sorgenbarometer sehen 2012 rund 21 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten Kriminalität und Sicherheit als ein schwerwiegendes Problem. Und: Durch die Einführung der neuen Strafprozessordnung stieg der administrative Aufwand für die Polizeibeamten. Dazu kommen die 24-Stunden-Gesellschaft und die zunehmende Gewalt.

Die meisten Kantone haben zu wenig Geld

Nach der Vorstellung des Berner Regierungsrats Hans-Jürg Käser, Präsident der KKJPD. Braucht die Schweiz mindestens 1500 zusätzliche Polizisten. In Wirklichkeit sollten es eher 3000-4000 sein. Max Hofmann, Generalsekretär des Verbands der Schweizer Polizeibeamten, redet sogar von 7000 bis 8000 fehlenden Beamten, um einen europäischen Durchschnittswert zu erreichen. Da rechnet er sicher mit etwas zu viel, doch das gehört wohl zur Dramaturgie der Forderungen von Gewerkschaftern. ▶▶

Dennoch stösst der Ausbau der Polizeidichte an reale Grenzen. Die Kantone haben die notwendigen Mittel nicht, denn Polizisten sind teuer. Eine neue Polizeistelle kostet das Korps rund 115'000 Franken an Lohn- und Sozialkosten zuzüglich der Ausrüstung von rund 18'000 – 20'0000 Franken. Das macht bei Käsers Forderung nach 1500 zusätzlichen Polizisten an jährlichen Fixkosten rund 172 Millionen und für Material nochmals 30 Millionen. Bei den Forderungen der Gewerkschaft gar nahezu eine Milliarde Franken pro Jahr an Mehrausgaben – ein unvorstellbares Szenario.

Woher das Geld nehmen im Wohlfahrtsstaat?

Mehr Geld für die öffentliche Sicherheit müsste in anderen Bereichen eingespart werden. Rechnet man für den Kanton Bern mit 140 neuen Stellen so bedeutet dies 17-18 Millionen Franken an Mehrausgaben pro Jahr. Für öffentliche Sicherheit gibt der Kanton rund 805 Millionen aus, rund 8.4 % seines Gesamtausgaben-Budgets. Da erscheint die Erhöhung von rund 2.1 % für neue Polizeikräfte als wenig dramatisch, doch scheint den Berner Politikern die Sicherheit der Bevölkerung weniger am Herzen zu liegen als andere Belange. Für die soziale Wohlfahrt wird rund das 2,5-fache ausgegeben, für Bildung mehr als das Dreifache. Der Kanton Zürich gibt, bei einem Budget von rund 14 Milliarden, ca. 10 % für die öffentliche Sicherheit aus. Die Polizeidichte ist hier relativ gut und die geplanten rund 40 Stellen für den Ausbau auf den Sollbestand kosten „nur" rund 5 Millionen pro Jahr an Mehrkosten. Doch überall muss gespart werden. Auch in St. Gallen mit einem Gesamtbudget von rund 4.5 Milliarden Franken hemmt die angespannte Finanzlage den gewünschten Ausbau um 50 neue Polizeistellen. 5,7 Millionen jährliche Mehrkosten und rund 1 Million an Erstkosten wären zu verdauen. Also wartet man aus finanzpolitischen Gründen, wie der Aargau, der die Aufstockung um rund 50 Polizeistellen zu den 626 existierenden bis 2018 hinauszieht oder der Thurgau, der 34 neue Stellen auf 350 bestehende bis 2016 besetzen will.

Steigende Anforderungen – mehr Stress

Die Anforderungen an die Polizei steigen laufend. Heute ist ein 24-Stunden-Einsatz gefragt. Einerseits nimmt der Verkehr zu, in den Städten ist, vor allem an Wochenenden nach einer ersten Welle bis 22 Uhr nochmals rush hour von 2 Uhr bis 6 Uhr morgens. Die vielen Veranstaltungen mit steigender Gewaltbereitschaft unter den Zuschauern aber auch häusliche Gewalt, Kleinverbrechen und steigende Administrativarbeiten fordern die Beamten. Zudem erwartet der Bürger eine konstante Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum.

Eine gewisse Entspannung könnte durch eine engere Zusammenarbeit der Kantone mittels gemeinsame Einsatzzentralen bringen. Zusätzliches Hilfspersonal für polizeiliche Assistenzaufgaben (Spezialisten für einzelne Sparten mit Teilausbildung und beschränkten Polizeibefugnissen) würden ebenfalls den Druck auf die Polizeien mindern – und vor allem die Präsenz im öffentlichen Raum erhöhen.

Problem Rekrutierung – mangelnde Qualifikation

Immer weniger junge Menschen wollen Polizisten werden. Der Beruf hat bei der Jugend an Ansehen deutlich eingebüsst. Immer mehr junge Menschen möchten keinesfalls Polizist werden. Um die Zahl der qualifizierten Bewerber für die vakanten Stellen zu erhöhen, lanciert die Polizei nun vielerorts PR-Kampagnen. Diese reichen von Plakaten, Anzeigen im Internet, (z.B. Facebook), bis hin zu Werbespots in Kinos.

in einigen Kantonen soll die Polizeiausbildung auch Ausländern zugänglich gemacht werden. Bisher war das nur mit Schweizer Pass möglich. Bei einem Ausländeranteil von über 20 % wäre der Einbezug von gut integrierten Ausländern eigentlich logisch. Zudem könnten Polizeiangehörige mit ausländischen Wurzeln dank ihrer Mehrsprachigkeit und Kenntnis der jeweiligen Kultur und Mentalität im Umgang mit kriminellen Ausländern sehr nützlich sein.

Doch der Nachwuchsmangel hat noch weitere Gründe: Es sind die schlechten schulischen Voraussetzungen der Kandidaten, meist die miserablen Deutschkenntnisse.

Die meisten Anwärter fallen wegen zu vielen Rechtschreibefehlern durch die Prüfung. Aber auch das Allgemeinwissen lässt zu wünschen übrig. Auch die Polizeikorps der Westschweiz beklagen die mangelnde Qualität der Bewerber, 8 bis 9 von 10 Bewerbern entsprechen den Anforderungen nicht.

Für die Polizeikorps scheint die Sprachbeherrschung eine sehr wichtige Komponente zu sein. Die Kandidaten sollten über eine korrekte Aussprache verfügen, heisst es, aber auch der schriftliche Ausdruck müsse gut sein, da das Schreiben von Protokollen im Polizei-Alltag wichtig sei, denn rund 50 Prozent der Arbeit eines Polizisten bestehe aus Schreiben.

Fazit, Thesen und ein paar Gedanken:
Die Polizeien müssen sich wohl oder übel selbst reformieren, Effizienzsteigerung erreichen und ihre dringendsten Probleme intensiv überdenken und kreativ lösen. Der Ruf nach mehr Geld und etwas – teils recht hilflose – Werbung allein reichen nicht aus. Vieles hat mit dem Ansehen des Berufsstandes zu tun. Bürger bewilligen lieber die Mittel für eine Organisation, die Ansehen hat und den Erwartungen entspricht. Ebenso zieht eine solche Organisation eher frische Berufsleute an.

Es fehlt an Polizisten und es fehlt an Geld, die notwendigen Stellen zu schaffen.

- Umschichtung von Kantons-Budgets von „nice to have" nach notwendig, doch dazu braucht es den politischen Willen der Bevölkerung und der jeweiligen Regierung
- Lastenverteilung durch Ausbau der Korps über einen 2-4 Jahreszeitraum

Anforderungen und Belastungen an die Polizei steigen.

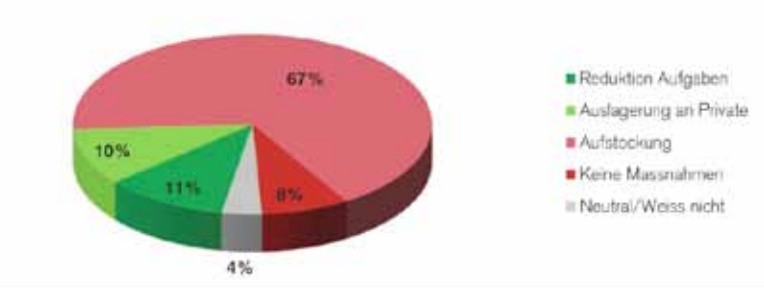
- Engere Zusammenarbeit unter den Kantonen und mit den Kommunalpolizeien (gemeinsame Aufgabenbewältigung oder Zusammenlegung)
- Enge Zusammenarbeit der Kantonspolizeien einer Grossregion oder Zusammenlegung von Kantonspolizeien zu Polizeien von Grossregionen
- Weniger teure aber spartenausgebildete Assistenzkräfte und Einbezug privater Sicherheitsdienste für spezifische Aufgaben
- Priorisierung der Aufgaben durch Reorganisation der Polizeiaufgaben
- Initiative zum Abbau der polizeilichen Administrativarbeit

Nachwuchsprobleme

- Angebot von Vorkursen und E-Learning-Trainingsprogrammen für Anwärter (Schwerpunkt Sprache, Allgemeinwissen, Sport, Schiessen, Erste Hilfe, Grundkenntnisse Recht)
- Berufsorientierung an Gewerbeschulen und Gymnasien
- Gemeinsame, schweizweite Polizeirekrutierungszentrale, die den Kantonen und Regionen, angelehnt an die Standorte der Polizeischulen, die Aspiranten beschafft
- Werbekampagnen wirksamer gestalten (mit Folgeprogramm, mit Tagen der offenen Polizei, Schnupperpraktika, mit zielgruppengerechtem Webauftritt)
- Eintrittsprüfungen entschärfen und dafür Verlängerung der Ausbildung auf 1,5 bis 2 Jahre mit Schwerpunktausbildung zu den schwächeren Fächern ◀

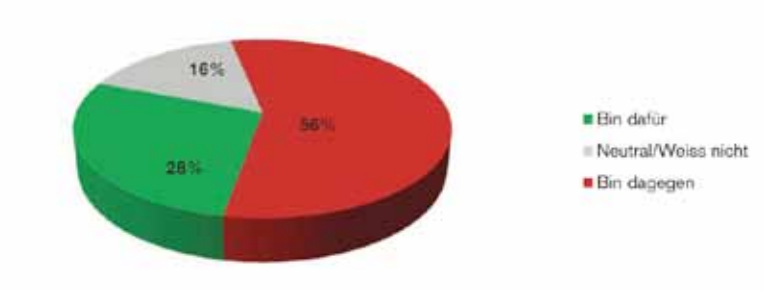
Vimentis-Umfrage zur inneren Sicherheit

Welche Massnahme soll getroffen werden, um die Poilizei zu entlasten?



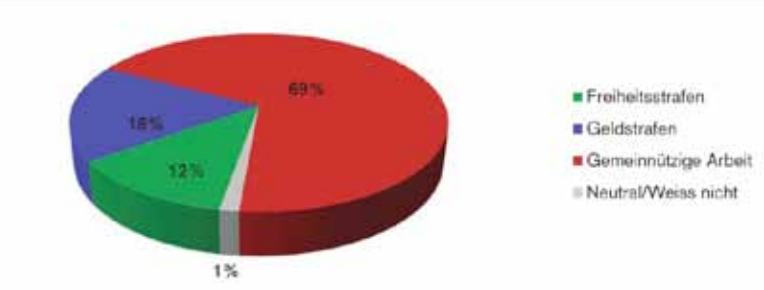
Eine deutliche Mehrheit von 67% ist für eine Aufstockung der Polizeikräfte zur Entlastung der Polizei. Weitaus weniger Anklang finden eine Auslagerung an Private (10%) sowie eine Reduktion der Aufgaben (11%). Frauen stimmen einer Aufstockung mit 72% deutlicher zu als Männer (63%).

Würden Sie in Ihrer Gemeinde eine Bürgerwehr begrüssen?



Auf die Frage, ob die Bevölkerung die Einführung einer Bürgerwehr in ihrer Gemeinde befürworten würde, gab eine Mehrheit von 56% der Umfrageteilnehmer an, dass sie ein solches Vorhaben ablehnen würde. Nur gerade 28% der Umfrageteilnehmer begrüssen eine solche Einführung.

Wie sollen geringfügige Delikte bestraft werden?



Ein deutliches Resultat ergab die Frage, wie geringfügige Delikte bestraft werden sollten. 69% der Umfrageteilnehmer sind dafür, dass geringfügige Delikte mit gemeinnütziger Arbeit bestraft werden sollten. Frauen sprechen sich deutlicher (75%) für gemeinnützige Arbeit aus als Männer (63%). Die weiteren Lösungsvorschläge erhielten weitaus weniger Zuspruch. 18% der Umfrageteilnehmer sind für eine Geldstrafe und 12% der Umfrageteilnehmer sprechen sich für einen Freiheitsentzug aus.